

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/221

Bonn, den 21. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>DGB - ein gesellschaftspolitischer Schmelztiegel</u> Zum Ausserordentlichen Bundeskongress in Düsseldorf Von G. Markscheffel	94
3	<u>"Wir Deutsche fürchten Gott ..."</u> Über Geschmack läßt sich nicht streiten	27
3	<u>Marsch auf Bonn ?</u> Kriegsopfer, Erhard und die Koalition	21
4	<u>Mehr vom Geld behalten</u> Steuerlast überschritt die Grenze des Erträglichen	30
5	<u>Erhard in Paris</u> Zwischenspiel oder Versuch einer Festlegung ?	47
6	<u>Rotkreuz-Spital in den Bergen des Jemen</u> Lufttransport Hannover - Genf - Dschidda Von Bruno Kuster, Genf	50

Chefredakteur Günter Markscheffel

DGB - ein gesellschaftspolitischer Schmelztiegel

Zum Ausserordentlichen Bundeskongress in Düsseldorf

Von G. Markscheffel

Der zur Zeit in Düsseldorf stattfindende Ausserordentliche Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist für die Formung des gesellschaftspolitischen Bildes der Bundesrepublik von grösster Bedeutung. Die Delegierten über 6 Millionen freiwillig organisierten Arbeitnehmer beraten über ein neues Grundsatzprogramm; sie sind im Begriff, dem ihnen zustehenden Platz in der modernen Industriegesellschaft neu zu bestimmen.

Längst sind jene Zeiten vergangen, in denen man den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern nur gezwungenermaassen eine kleine Ecke im grossen Haus der Nation zubilligen wollte. Heute weiss man, dass die deutsche Demokratie ohne eine mächtige und sich immer wieder bewährende freie Gewerkschaftsbewegung nicht Bestand haben könnte.

Die freie Gewerkschaftsbewegung ist zum gesellschaftspolitischen Schmelztiegel der Nation geworden. Sie ist längst nicht mehr eine Interessengruppe; ihre staatspolitische Bewährung in den schwierigsten Situationen hat schon seit vielen Jahren den engen Rahmen einer Interessenvertretung gesprengt.

* * *

Den Gewerkschaften von heute geht es nicht mehr nur um den Lohn, um den materiellen Anteil am Sozialprodukt, sie haben den Bogen ihrer vielfältigen Aktivitäten weit gespannt. Heute wissen die meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, dass es eine Trennung ihrer beruflichen Forderungen von denen des Wohlergehens der ganzen Nation nicht mehr gibt. Die Gewerkschaften greifen weit mit ihren volkswirtschaftlichen, kulturellen und staatspolitischen Verpflichtungen, die sie übernommen haben, in den Raum der Gesamtpolitik unseres Volkes hinein, und nur noch Engstirnige wollen sie in das Getto des Streitens um lohnpolitische Probleme zurückdrängen. Deshalb soll es niemanden verwundern, wenn auf dem Ausserordentlichen Kongress in Düsseldorf eine Fülle von staatspolitischen Aufgaben zur Diskussion steht, deren Gewicht bald in jedem Bereich unseres öffentlichen Lebens spürbar werden wird.

* * *

Es mag manchen Beobachter erscheinen, als sei der Umfang des zu diskutierenden Stoffes zu gross, als würde hier der Versuch gemacht, alle Probleme der Zeit auf einmal bewältigen zu wollen. Müssen wir uns vor dem durch eine solche Vorstellung genährten Zweifel an der Kraft und dem Verantwortungsbewusstsein der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung. Was gelegentlich dem einen oder anderen als Apparaturdenken oder Eigenbrödelei dieser oder jener Gruppe innerhalb des grossen Bundes erscheinen mag, ist in Wirklichkeit der Ausdruck des ständigen Drängens der freien Gewerkschaften nach der besten Erfüllung ihres Auftrages.

Die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung ist sich bewusst, dass sie nicht nur ihre mehr als 6 Millionen Mitglieder zu vertreten hat. Man kann diese Zahl getrost mit drei multiplizieren, denn auch die Familienangehörigen der Gewerkschaftsmitglieder sind in den Bereich des von den Gewerkschaften zu verarbeitenden Problemkreises mit einbezogen. Dazu kommt das Wissen um die allgemeinen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge.

die bei jeder gewerkschaftlichen Aktivität berücksichtigt werden müssen, wenn auf sozial-, kultur- oder lohnpolitischem Gebiet Forderungen erhoben werden, deren Erfüllung dem G a n z e n dienen soll.

* * *

Hin und wieder treten Spötter auf, die nichts Besseres zu tun wissen, als der freien Gewerkschaftsbewegung das Stigma des Überlebenseins aufzudrücken. Gerade in den letzten Tagen hat man dies wieder in zahlreichen Karikaturen und Glossen wahrnehmen können. Natürlich stehen auch die Gewerkschaften nicht außerhalb jeder Kritik. Sie sind eine Organisation von Menschen, und deshalb ist auch bei ihnen vieles menschlich. Aber ungerecht ist das leichtfertige Zerrren an der Substanz der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Nach dem Zusammenbruch 1945 ist die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung unter Führung eines Hans Böckler zum ersten und wohl stärksten Rückgrat der jungen deutschen Demokratie geworden. Sie zersplitterte sich nicht in Richtungskämpfen, nahm sich kein Beispiel an den verworrenen und politisch sehr unübersichtlichen Verhältnissen in den Gewerkschaften vieler anderer Länder. Diese freie deutsche Gewerkschaftsbewegung wies auch die Lockungen des Radikalismus kommunistischer Erziehung zurück. Wenn immer es darum ging, den Vorstoß Moskaus in den Bereich einer freiheitlichen deutschen Demokratie abzuwehren, stand der DGB an der Spitze.

Der DGB wurde auch die große und viele Schatten der Vergangenheit überwindende Gemeinschaft von Millionen Arbeitnehmern, die enttäuscht, zerschlagen und zutlos dem Inferno des Hitlerkrieges entronnen waren. Was die deutsche Gewerkschaftsbewegung in diesen Jahren geleistet hat, um der jungen deutschen Demokratie die notwendige Substanz zu geben, wird heute allzuoft vergessen. Nur selten wird jenen Frauen und Männern, die das Werk der wirtschaftlichen und moralischen Stabilisierung unseres Volkes vollbringen halfen, mit der gebührenden Respekt gedankt.

* * *

In der besonderen Situation des geteilten Deutschland ist die freie Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik aber auch eine ständige Mahnung an jene, die im unfreien Teil Deutschlands keine freien Gewerkschaften dulden. Sie ist die wohl stärkste Waffe im Kampf um die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. Das Ausmaß der Wirkungsmöglichkeiten und Erfolge, das die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik vorweisen können, ist unausweichlich Kriterium und Ansporn zugleich für die Arbeitnehmer in der sowjetischen Besatzungszone. Jeder Erfolg, den die freie Gewerkschaftsbewegung im Ringen um den ihr gebührenden Platz in unserer Gesellschaft erzielt, ist eine Niederlage für jene, die von sich behaupten, sie repräsentierten den "ersten Arbeiter- und Bauernstaat" Deutschlands.

* * *

Aus allen diesen Gründen bedeutet das in Düsseldorf zur Verabschiedung stehende neue Grundgesetzprogramm des DGB mehr als eine Proklamation. Es ist der Ausdruck des Willens der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, Wegbereiter für Millionen Menschen in eine gesicherte Zukunft zu sein.

+ + +

"Wir Deutsche fürchten Gott ..."

Über Geschmack läßt sich nicht streiten

E.P. - Herr Otto von Bismarck war ein großer Mann. Geschichtliche Betrachtungen haben versucht, dem Einiger Deutschlands und Reichskanzler gerecht zu werden. Er hatte auch seine Fehler. Daß die aufstrebende Sozialdemokratische Partei Bismarcks erbitterte Gegnerschaft zu überwinden vermochte, ist in ihrer Geschichte ein besonderes Ruhmesblatt. Daß es später, bis in unsere Zeit, schwächere, schlechtere und bössere Kanzler gegeben hat, erleichtert den Zeitgenossen eine objektive Betrachtung des großen Alten aus dem vorigen Jahrhundert.

Daß man mit Bismarck auch ein Geschäft machen kann, ist ein legitimes Bestreben verschiedener Verleger. Ihre Autoren haben das Bild zu verantworten, das sie der Nachwelt darstellen. Bedenklich, weil taktlos und geschmacklos, ist jedoch das Angebot einer Fachwerkstätte für Bild-Vergrößerungen in Andernach/Rhein. Sie empfiehlt zum Preise von DM 225,- die Aufnahme einer Eisenplatte, die den ehemaligen Reichskanzler Otto von Bismarck in Rosenranken zeigt, mit der Bildunterschrift "Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt."

Kaiser Wilhelm I. hatte, so wird man belehrt, dieses Bildwerk bei Krupp in Essen bestellt, und in Stahl giessen lassen. Angeblich hing es an einer Wand über des Kaisers Schreibtisch. - Da sich über Geschmack bekanntlich nicht streiten läßt, wäre auch dagegen, daß jemand eine Kopie oder ein Foto dieser Platte in seinem Zimmer aufhängt, nichts einzuwenden. Gegen die Unterschrift jedoch ist Verwahrung anzumelden. Erstens haben wir Deutsche außer Gott auch noch andere Mächte fürchten gelernt und zweitens muß man an die Umwelt denken, der wir nicht erneut das Fürchten vor uns beibringen wollen. Darum wäre eine Nichtbeachtung dieser Offerte ein Stück Hochachtung gegenüber der deutschen Geschichte und des Anteils den Bismarck an ihr hatte.

+ + +

Marsch auf Bonn ?

sp - Der Bundeshauptstadt Bonn steht ein Marsch der Kriegsoffiziere bevor, sofern es nicht gelingt, dem empörenden Hin und Her um die Verbesserung der Kriegsoffiziersversorgung ein baldiges Ende zu bereiten. Der Beschluß der Regierung Erhard, am Zweistufenplan festzuhalten, hat zu Recht die Verbitterung unter den Kriegsoffizieren auf die Höhe getrieben. Ausgerechnet bei den Menschen unseres Volkes, die Schweres und Schwerstes erlitten, will die Bundesregierung den Rechenstift des Sparens ansetzen und Erhard will unter Berufung auf Artikel 113 des Grundgesetzes von seinem Recht Gebrauch machen, Beschlüsse des Bundestages oder Bundesrates aufzuheben oder auszusetzen. Diese Drohung steht im Widerspruch zu den den Kriegsoffizieren gemachten Zusagen der Koalitionsparteien. Wird hier nicht ein grausames Spiel getrieben? Sprechen Vertreter der Regierungsparteien nicht mit doppelten Zungen? Der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, läßt öffentlich verkünden, er stehe auf der Seite der Kriegsoffiziere, halte den Zweistufenplan für unzumutbar; die Minister seiner Partei jedoch gaben dem Plan ihre Zustimmung. Hier offenbart sich die Ohnmacht der Koalition in Fragen der Sozialpolitik. Daß solches Doppelspiel auf den Rücken der Kriegsoffiziere ausgeübt wird, stellt Regierung und Koalition keine gute Visitenkarte aus.

+ + +

Mehr vom Geld behalten

Steuerlast überschritt die Grenze des Erträglichen

Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind nicht nur die ehrlichsten Geldlieferanten des Staates.

Weil sie die einzigen sind, die im Finanzamt mit "gläsernen Taschen" erscheinen, müssen sie verhältnismäßig auch die meisten Steuern bezahlen. Für sie sind die Möglichkeiten, dieses und jenes und noch so manches "abzusetzen", sehr viel geringer als bei der Einkommensteuer. Auf der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD Anfang Oktober in Essen setzte sich der sozialdemokratische Finanzexperte und Bundestagsabgeordnete Dr. Alex M i l l e r für eine Senkung der Steuerbelastung für Arbeitnehmer durch Erhöhung der Freibeträge, der Pauschalen für Werbungskosten und der Sonderausgaben ein.

Jedermann kann es ablesen von seinen Lohn- und Gehaltstreifen, daß die Steuerlast, die in den letzten Jahren unentwegt gewachsen ist, längst die Grenze dessen erreicht hat, was man noch als erträglich bezeichnen könnte. Man wird fragen, wie sich eine Steuersenkung vereinbaren lasse mit dem ständig steigenden Finanzbedarf des Bundes und auch der Länder. In seiner Haushaltsrede hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Heinz K ü h n , eine Antwort gegeben. Der schier unübersichtbare Berg der in die Zukunft weisenden Aufgaben - z.B. Straßenbau einschließlich der zweiten Verkehrsebene, Strukturreform, Städtesanierung und Atomforschung - solle nicht nur der gegenwärtigen Generation aufgebürdet werden, die schon die Last des Krieges und des Wiederaufbaus getragen habe.

Niemand solle jetzt sagen, die Opposition habe es leicht, vor der Regierung zu fordern, sie möge einen größeren Teil dieser Aufgaben nicht aus dem laufenden Steueraufkommen, sondern durch Anleihen auf dem recht flüssigen Kapitalmarkt finanzieren. Wenn man in Generationen denkt, läßt sich die Aufnahme von Darlehen und eine angemessene Beteiligung der nächsten oder gar übernächsten Generation an Zinsen- und Tilgungsdienst nicht vermeiden.

Erhard in Paris

Zwischenspiel oder Versuch einer Festlegung ?

sp - Bundeskanzler Erhard steht in Paris vor der Frage, ob er seinem Gastgeber, Staatspräsident Charles de Gaulle, gut zureden soll, um die in eine Sackgasse geratene Europa-Politik wieder flott machen zu helfen, oder ob er klipp und klar sagen soll, was man in der Bundesrepublik von der Politik de Gaulles hält. Dies ist - auf eine einfache Formel gebracht - die eigentliche Aufgabenstellung für den neuen Bundeskanzler.

Erhard hätte, wenn er die zweite Version einer möglichen deutschen Taktik gegenüber de Gaulle anwendet, das Plus für sich, auf die einstimmig vom Bundestag angenommene Präambel zum deutsch-französischen Vertrag hinweisen zu können. Dort heißt es sinngemäß, der Bundestag billige das Vertragswerk unter der Voraussetzung, daß dadurch nicht die anderen von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen gestört oder gar blockiert werden. Der Haken hierbei ist nur, daß de Gaulle dies schon weiß - und t r o t z d e m die europäische Politik seiner Vorgänger blockiert. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß die meisten Kommentatoren der französischen Presse gerade diesen Punkt als die eigentliche Klippe des Erhard-Besuches in Paris bezeichnen.

Schlimm wäre es, wenn sich Bundeskanzler Erhard auf nichtssagende Formulierungen in einem gewiß freundlich klingenden Abschlußkommuniqué einlassen würde. Dann würden zwar alle Zeitungen schreiben können, das deutsch-französische Verhältnis sei nach dem Kanzlerwechsel genau so gut wie vorher, aber in der Sache, um die es jetzt geht, hätte sich nichts geändert.

Natürlich gibt es - wie immer - auch eine Zwischenlösung. Die sehr unterschiedlichen Gesprächspartner könnten sich gegenseitig versichern, sie wollten die bereits bestehenden europäischen Möglichkeiten und Institutionen nicht schwächen, oder in ihrer Bedeutung vermindern. Dann wäre etwas Zeit gewonnen, denn da de Gaulle Wort hält, wäre nicht damit zu rechnen, daß er das schon Bestehende auch weiterhin eigenwillig in seiner Substanz unterminiert.

Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß de Gaulle tatsächlich ein Realist ist, wird man hoffen dürfen, daß er den Besuch Erhards zunächst als eine Art Zwischenspiel betrachtet und abwartet, was der neue Bundeskanzler in Washington sagen wird. Mehrfach ist in der Umgebung des französischen Staatspräsidenten versichert worden, man wolle Bonn nicht zu einer Entscheidung für oder gegen Paris, für oder gegen Washington, zwingen. Allzuviel steht auf dem Spiel, falls man den neuen Bundeskanzler in Paris etwas anderes zutaten würde.

Rotkreuz-Spital in den Bergen des Jemen

Lufttransport Hannover - Genf - Dschidda
Von Bruno Kuster, Genf

Seit einem Jahr herrscht im Jemen Bürgerkrieg. Der von den republikanischen Kräften gestürzte Imam el-Badr kontrolliert mit den ihm ergebenden Stämmen den Norden des Landes, der an Saudi-Arabien grenzt. Die republikanische Regierung in Sanaa erhielt von Ägypten umfangreiche militärische Hilfe. Von Anfang an entsandte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in b e i d e Lager Delegationen, um für die Respektierung der Genfer Konventionen zum Schutz der Kriegsgefangenen einzutreten. Zwar ist der Jemen noch nicht Mitglied dieses Übereinkommens, doch haben sich beide Kampfparteien verpflichtet, die internationalen Normen einzuhalten. Mit diesem ersten und dringendsten Anliegen hat das Rote Kreuz seine humanitäre Mission aber noch nicht erfüllt.

Kein einziger Arzt auf der Seite des Imam

Während die Vereinigte Arabische Republik auf der Seite der Republikaner einen modernen Sanitätsdienst aufbaute, der sich auch auf drei bestehende Spitäler stützen kann, steht den Kriegern des Imam kein einziger Arzt, kein einziges Spital zur Verfügung, wenn man von den beiden Schweizer Ärzten absieht, die gegenwärtig das Land zu Fuß, auf Kamelen und Eselrücken durchstreifen, um sich ein Bild von den Bedürfnissen, namentlich auch der Zivilbevölkerung, zu machen. Angesichts der zunehmenden Not in diesem außerordentlich schwer zugänglichen Landesteil, dessen Bevölkerung auf zwei Millionen geschätzt wird, richtete das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einen Aufruf an die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften, ärztliche Hilfe zu leisten. Leider löste dieser Appell bisher aber nur ein recht geringes Echo aus, so daß sich das Komitee in Genf entschloß, ohne weitere Verzögerung nun selbst zu handeln, wobei es sich vor allem auf eine Kreditzusage der schweizerischen Regierung und die praktische Mitwirkung des Schweizerischen Roten Kreuzes stützt. Spenden des Deutschen Roten Kreuz, aus England, USA und Australien kommen hinzu.

Luftsprung nach Jemen

Dieser Tage fliegen amerikanische Transportmaschinen 30 Tonnen Material, das sie in Hannover und Genf aufnehmen, nach der saudi-arabischen Stadt Dschidda am Roten Meer. Wenn es die Verhältnisse erlauben, dringen sie ins Landesinnere bis nach Najran vor, das tausend Kilometer südöstlich an der jemenitischen Grenze liegt. Das Material umfaßt die vollständige Ausrüstung eines modernen Feldspitals mit 50 Betten. Als Standort wurde ein Punkt innerhalb der von den Vereinten Nationen kontrollierten entmilitarisierten Zone gewählt. Das Personal - insgesamt etwa 30 Personen einschließlich der acht Ärzte - wurde vom Schweizerischen Roten Kreuz rekrutiert. Von diesem Spital aus, dessen Kapazität später auf hundert Betten erweitert werden kann, werden bewegliche Gruppen das Land durchstreifen, um Verletzten, Gefangenen und der notleidenden Zivilbevölkerung Hilfe zu bringen.

Wohl noch nie sah sich das Rote Kreuz gezwungen, unter so schwierigen Bedingungen zu arbeiten, wie jetzt in Jemen: es gibt weder Straßen, noch Telefon, Telegraph oder Post. Geographische Karten fehlen. Die Lebensmittelversorgung ist mangelhaft. Die Distanzen werden in Tagesmärschen angegeben. Die Bevölkerung lebte noch im Altertum, bis mit Bomben und Granaten die "Zivilisation" über sie hereinbrach. Das Feldspital des Roten Kreuzes aber bringt greifbare Kunde davon, daß es auch eine humanitäre Zivilisation gibt, die nicht zwischen Freund und Feind unterscheidet, sondern nur den Menschen kennt.